PRESSEMITTEILUNG **Kerpen, den 03.07.2017**

(K)ein Platz für Protest?!?
BUNDjugend setzt Camp in Kerpen-Buir mit Demonstrationsanmeldung durch

Für Ende August plant die BUNDjugend das >camp for [future]<, auf dem sich rund 300 junge Menschen über Themen wie Klimaschutz, Zukunftsfähigkeit und globale Gerechtigkeit austauschen. Das von Jugendlichen aus vielen Organisationen unterstützte Camp soll im Umfeld des Tagebau Hambach gekoppelt mit zahlreichen friedlichen Protesten stattfinden. Für das Camp wurde nun der Festplatz in Kerpen-Buir als Demonstrationsort angemeldet. Mit der Anmeldung als Demonstration ziehen die Klimaschützer*innen die Konsequenz aus der Weigerung der umliegenden Kommunen, für die Veranstaltung eine Fläche zur Verfügung zu stellen und nutzen somit das Demonstrationsrecht um ihr Anliegen durchzusetzen.

Bei ihrer Suche nach einer Campfläche mussten die Organisator*innen erkennen, dass sich private Landbesitzer*innen der Region aus Furcht vor Nachteilen nicht in der Lage sehen, ihre Flächen zur Verfügung zu stellen. So richtete die BUNDjugend ihr Augenmerk bei ihrer Suche auf öffentliche Flächen und warb bei den Kommunen für ihr Bildungs- und Protestcamp. Doch die Städten und Gemeinden der Region erklärten unisono, dass sie keinen Platz hierfür haben. Zuletzt erteilte die Stadt Kerpen dem Jugendverband eine Absage.

Die Initiative Buirer für Buir, die sich für die Durchführung des Camps in ihrem Ort stark gemacht hat, ist entsetzt. „Ich schlage vor, die Stadt für den Preis >da schaut selbst Kolping betreten weg< vorzuschlagen“, so deren Mitstreiter Gerhard Kern. Antonia Blind, Vorstandsmitglied der Landeschüler*innenvertretung NRW, wundert sich, wie hier Jugendarbeit behindert und Protest zu verhindern versucht wird, „Überall wird die Politikverdrossenheit Jugendlicher beklagt, hier, wo sich Jugendliche engagieren, werden ihnen Knüppel zwischen die Beine geworfen.“

Nach der Absage der Kommunen lassen sich die Organisator*innen mit ihrem Camp jedoch nicht einfach wegbitten. „Wir können doch nicht dulden, dass eine kritische Auseinandersetzung Jugendlicher mit Zukunftsfragen und Proteste in dieser Weise verhindert werden“, so Malte Stocker von der BUNDjugend NRW, „folglich haben wir das Camp als Demonstration angemeldet“. Dabei berufen sich die Organisator*innen auf das grundgesetzlich geschützte Demonstrationsrecht, für Versammlungen, die der Meinungsbildung und -äußerung dienen. Dennoch bauen bzw. hoffen sie weiter auf Dialog und appellieren an die Stadt, dass diese ihren Teil dazu beiträgt, dass ein friedliches, auf Dialog zielendes Camp stattfinden kann.

Weitere Infos zum camp for [future] unter www.campforfuture.de

Ansprechpartner:
Stefan Förster Tel. 02921/346944 / mobil 01514 1606 282
Malte Stocker Tel. 02921/33640 / mobil 0157 30140249